

Auf der Tagesordnung

Zu: „Grüne Wellenreiter“, FR-Meinung vom 11. Juni

Bei den regierenden Altparteien herrscht große Angst, von den Grünen überflügelt zu werden. Denn jetzt werden von den cleveren „Ökos“, die unter dem Druck einer neuen, internationalen Jugendbewegung die sozialistische Komponente der Linken in ihr Vokabular übernommen haben und medienwirksam alle Altparteien in den Schatten stellen, die wichtigsten politischen Probleme auf die Tagesordnung gesetzt.

Geschickt setzen sie neue, unverbrauchte Gesichter kluger, wissenschaftlich und rhetorisch kompetenter, moralisch integrierter und philosophisch gebildeter junger Männer und vor allem Frauen ein, um Zustimmung zu gewinnen. Übersehen wird dabei, dass auch die Grünen ihre Widersprüche nicht gelöst haben, Parteispenden von der Wirtschaft erhalten (in den Jahren 2013 bis 2015 u. a. 495460,78 Euro von BMW und der Familie Quandt/Klatten, 444999,94 von Daimler, 751136 von der Allianz. Quelle: Lobbypedia), dadurch von ihr abhängig und vom Pazifismus einer Petra Kelly (1947 bis 1992) weit entfernt sind. Man könnte es realpolitisches Wellenreiten nennen.

Aber der internationale Aufstand junger Menschen, die sich um ihre Zukunft betrogen sehen, wenn nicht nur geredet, sondern sofort gehandelt wird, wird auch den Grünen das Taktieren austreiben.

Dietrich Stahlbaum, Recklinghausen

Sinnvoller Ausweg

Straßennamen: „Afrika in Berlin“, FR-Meinung vom 14. Juni

Der AfD ins Stammbuch geschrieben: Die deutschen „Kolonialhelden“, die in vielen deutschen Straßen nach wie vor als Straßenbezeichnung fungieren, waren schon zur Zeit ihrer „Taten“ Kolonialverbrecher. Eine Umbenennung, selbst nach afrikanischen Freiheitskämpfern, ist zwar ehrenwert, bewirkt aber kaum einen Bewusstseinswandel, wenn diese bei uns völlig unbekannt sind.

Hannover bietet hingegen einen sinnvollen Ausweg. Den Karl-Peters-Platz „zierte“ ein Karl-Peters-Denkmal mit der Aufschrift: „Dem großen Niedersachsen Karl Peters, der Deutsch-Ostafrika für uns erwarb“. Der Platz wurde 2014 in Berta-von-Suttner-Platz umbenannt und das Denkmal um die „Mahntafel gegen den Kolonialismus“ erweitert, versehen mit folgender Inschrift: „Dieses Denkmal wurde im Jahr 1935 durch die Nationalsozialisten errichtet. Es stand für Verherrlichung des Kolonialismus und des Herrenmenschtums. Uns aber ist es Mahnung – der Charta der Menschenrechte entsprechend –, uns einzusetzen für die Gleichberechtigung aller Menschen, Völker und Rassen.“

Wulf Schmidt-Wulffen, Hannover

Wer ist für die Abholung des Atom-Hausmülls zuständig?

Zu unserem Fehler: „Mit selbst produziertem Atomstrom autark“, FR-Wirtschaft vom 21. Juni, und „Sorry“, Leserforum vom 22. Juni

Am 21.6 berichten sie auf Seite 13 in einer kurzen Nachricht über die Autarkie mit selbst produziertem Atomstrom. Das anliegende Foto meiner Atomanlage zeigt, dass ich schon jahrelang mit einem entsprechenden Dynamo meinen eigenen „Atomstrom“ produziere. Zur Autarkie hat es, das muss ich zugeben, allerdings noch nicht gereicht.

Erwin Rau, Ehringshausen

Leider sind in Ihrer Meldung wesentliche, mich interessierende Angaben unterblieben. Für zeitnahe Antworten auf meine folgenden Fragen danke ich Ihnen im Voraus:

1. Wo können solche Kraftwerke zu welchem Preis erworben werden?
2. Ist der Bau auch in Eigenleistung möglich?
3. Wie hoch sind Leistung und jährlicher Ertrag?
4. Ist die Einleitung nicht verbrauchter E-Energie in das Netz meines Stromlieferanten ESWE möglich?
5. Wer ist für Abholung und Endlagerung des Mülls verantwortlich? Günter Steinke, Wiesbaden

Ich möchte mich bei Ihnen für den Artikel bedanken, der mei-



Das Atomkraftwerk für den Hausgebrauch erfüllt die gehegten Erwartungen nicht.

ERWIN RAU

nem Tag die notwendige Aufhellung gegeben hat. Ich fühlte mich spontan an Loriots Weihnachtsepisode „Wir bauen uns ein Atomkraftwerk“ erinnert. Als

Windmüller und Solarparkbetreiber bin ich zwar bilanziell autark, aber um den Strommix zu vervollständigen, können Sie mir gerne eine Anleitung zum Bau

eines eigenen Atomkraftwerkes zukommen lassen.

Herzliche Grüße aus dem hohen Norden,

Thomas Griffith, Flensburg

Schon vergessen, wie es wirklich war?

Kolumne: „Könnte man von der DDR lernen?“, FR-Meinung vom 18. Juni

Verachtenswerter Unrechtsstaat

Es ist geradezu unbegreiflich, mit welcher Ignoranz und wider besseres politisches Wissen Michael Herl das Gute im Unrechtsstaat DDR sucht und zu finden meint. Um ihn zu zitieren: „Ein Staat, der seine Bürger an der Grenze erschießt, ist ein schlechter.“ Falsch: Er ist kein schlechter, er ist verachtenswert und fernab jeder wohlwollenden Beurteilung. Man könnte sogar weitergehen und meinen, dass Herl diejenigen verhöhnt, die den Schuss noch gehört haben und dann elendig gestorben sind. Oder die, die jahrelang unter erbärmlichen Umständen gequält und erniedrigt in Gefängnissen vergammelt und verzweifelt sind. Und natürlich auch diejenigen, die jahrzehntelang belauert und in allen Lebensäußerungen von der Staatssicherheit dokumentiert und drangsaliert wurden.

Auch Herls die guten alten Zeiten beschwörende Betrachtung der sozialistischen Alltagswelt ist mehr als oberflächlich. Es stimmt schon, Not macht erfinderisch, hat aber bezeichnenderweise überhaupt nichts Freiwilliges an sich. Und das genau ist der Punkt. All die positiven Aspekte des Zusammenlebens der Menschen in der DDR sind aus Zwang entstanden, waren sozusagen Notwehr, um einigermaßen anständig und unverdrossen zu überleben. Dabei sind die sogenannten sozialen Errungenschaften damals vor allem mit Staatsverschuldung und groteskerweise durch Devi-

sengaben für politische Gefangene bezahlt worden. Das ist bigott und dekadent bis ins Letzte.

Haben Sie's schon vergessen, Herr Herl? Der unvermeidliche Staatsbankrott und der Wunsch vieler Menschen, sich von Gängelei, Angst und Unterdrückung zu befreien, haben dieses entgleiste, nicht lebensfähige gesellschaftliche Konstrukt beendet. Der unkonventionell gedachte Versuch des Autors, sich ohne Vorurteile zurückzubedenken, ist eine fade Nostalgie geworden und ohne Erkenntniswert. Michael Herl hat sich, wie heißt es so schön, vergaloppiert. Franz Josef Wagner lässt grüßen.

Alexander Metternich, Offenbach

Die Zustände waren katastrophal

Der Artikel hat mich schockiert. Die Wohnungsnot war groß, die Bausubstanz marode, genauso das Gesundheitssystem in der DDR. Ich habe in der Altbau-Modernisierung in der DDR gearbeitet und weiß genau, wie katastrophal die Zustände waren. Das Material war knapp, vieles wurde nur improvisiert. An eine Neubauwohnung im Plattenbau war nicht zu denken. Planerfüllung eine Lüge. Alles war subventioniert, die Mieten, alles ist verfallen, Ruinen.

Genauso das Gesundheitssystem. 7000 Frauen wurden 1978/79 wissentlich mit verseuchtem Serum bei der Anti-D-Immunitätsprophylaxe infiziert. Alles wurde vertuscht und ver-

heimlicht. Den Frauen wurden die Säuglinge weggenommen, die Frauen über Monate in Isolierstationen zwangseingewiesen, ohne dass sie erfuhren warum. Es wurde an ihnen geforscht, an den Opfern dieser Arzneimittelstraftat. Viele sind verstorben an den Folgen der Hepatitis-C-Infektion. Unschuldige, gesunde Frauen damals, die nur ein Kind bekommen wollten. Zerstört für immer und schwer traumatisiert. Das war die DDR! Margit Papke, Wandlitz

Die Zuteilung einer Wohnung dauerte Jahre

Herr Herl, gerne können Sie von der DDR lernen. Wenn Sie wollen, auch von deren Wohnungspolitik. Nur, was lernen wir da? Wenn ich mich recht erinnere: Wohnraum war dort extrem knapp. Dass sich das nicht in hohen Preisen äußerte, lag daran, dass diese politisch gesetzt wurden und mit der Marktlage nichts zu tun hatten. Die Mieten waren zwar niedrig und bezahlbar, aber die meisten Menschen mussten jahrelang auf die Zuteilung einer Wohnung warten.

Schlimme Bauständen an den Stadträndern einerseits („Plattenbauten“) und verkommene, teilweise ruinierte Altbaubestände in vielen Innenstädten andererseits. Das war die städte- und wohnungsbaupolitische Bilanz am Ende der DDR. „Ruinen schaffen ohne Waffen“, höhnten dort oppositionelle Umweltbewegungen. Schon vergessen?

Tilmann Stoodt, Königstein

Größer als der Sieger

OB-Wahl Görlitz: „AfD-Mann scheitert“, FR-Politik vom 17. Juni

Was denkt sich eine Redaktion dabei, den Wahlsieg des CDU-Kandidaten zum Oberbürgermeister in Görlitz in dieser Weise mitzuteilen? Der Verlierer optisch zehnmal größer abgebildet als der Sieger, und auch die Überschrift gilt dem Verlierer. Die so gestaltete Meldung suggeriert ein Bedauern über das Scheitern des Verlierers und verschiebt so die wesentliche Aussage der Nachricht. Ich halte dies für eine vollkommen unzulässige Art der Berichterstattung, die die Meinung manipuliert.

Cornelia Groß, Frankfurt

Viel Freude

Zu: „Soldaten erwünscht“, FR-Regional vom 21. Juni

Im „sicherheitspolitischen Weißbuch 2016“, veröffentlicht im Juni 2016, wird von Planungen über einen Einsatz der Bundeswehr mit der Polizei im Inneren berichtet. Bei der Vorstellung dieses Weißbuches nannte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Herr Rainer Arnold, die geplanten gemeinsamen Übungen als „hilfreich“. Wie erwähnt, das war alles vor drei Jahren!

Mit Armin Schwarz (CDU), einem großen Fan der Bundeswehr, werden wir noch viel Freude haben.

Günther Rohr, Rodgau